

Die Faschisierung Oesterreichs Wider Seipel

Wien, den 7. Oktober.
Die Wachmann-Regierung hat ein verhältnismäßig rasches Ende gefunden. Vor etwa einem Jahre, als die Klassengegensätze sich derart zuspitzten, daß man im Ausland bereits den Eindruck des Bürgerkrieges in Oesterreich hatte, sahen sich die Wiener Banken gezwungen, im Interesse der Kreditstabilität ihren besten Kämpfer Seipel zu beurteilen und ein Regime aufzusetzen, welches den Eindruck der Mäßigung und gesicherten Ruhe erwecken sollte. Kurz entschlossen stellten sie den Wachmann Schober, mit dessen Vorstellung sich der „Begriff eines geregelten Verkehrs“ verbindet, auf den Bundeskanzlerposten. Man verbot ihm einfach, seine Rückert-Gedichte aufzusetzen und wies ihn an, sich streng an die Zettel zu halten, die er in die Hand bekam, damit er auch den Eindruck eines großen Staatsmannes machen sollte. Und wenn in der Monarchie das Lesebuch in der Hand der Familien und Familienkreise seinen Herrscher zu machen, welche die Geschichte der Völker leiten, so bewies in der Republik die Bonnevapresse, daß sie die gleiche Macht besaß. Aus Schober wurde ein großer Diplomat und Staatsmann gemacht, zur berechtigten Erbtirone Seipels, der nun diesen Schöps, welchem er in das Schießen am 15. Juli nur anbefohlen hatte, die Früchte seiner Politik einerten sah. Von Anfang an versuchte er, die Schober-Regierung zu Fall zu bringen, was ihm die Sozialdemokratie, Schobers glühendste Verehrerin, am meisten übernahm.

Nun ist auch Seipels Tag wiedergekommen. Die Bourgeoisie begreift, daß sie eine Schober-Regierung nicht mehr breuht, weil sie es gar nicht mehr nötig hat, das Proletariat zu versöhnen, und mit jener Kaschheit des Handelns, welche der herrschenden Klasse eigenlich ist, wurde schon vor den Wahlen die Seipelregierung wieder eingesetzt.

Bundeskanzler ist einer der Hauptmänner Seipels, der Fahrwerksbesitzer Vauxpin, dessen Druckgeschäft nun wochenlang die illustrierten Blätter noch greulich machen wird, Minister des Äußeren ist Seipel, Minister des Innern der Heimwehrführer „Fürst“ Starbamerberg. Mit dieser Regierung will die Bourgeoisie zunächst in der parlamentarischen Zeit bis zu den Wahlen möglichst vieles unter Dach und Fach bringen (von seinem Kutenbruder Brüning hat offenbar sogar Seipel noch etwas lernen können), und dann soll der verschärfte Kurs natürlich auch einen verschärften Wahlterror vorbereiten.

Die Sozialdemokratie ist trotzdem guter Hoffnung. Der Moderergeruch des Parlamentarismus und Wahlkretinismus ist für sie ein belebender Odem, förmlich während und erfrischt ist sie, weil sie wieder einen Wahlkampf machen kann. Die Mangelreize schwingen wieder große Reden, fordern die Massen auf, mit dem Stimmzettel die „Reaktion“ hinwegzufegen; die Stimmung ist fast wie im April 1927, zur Zeit des größten Wahlsieges der SPÖ — drei Monate vor dem 15. Juli ...

Die beiden Wahlschläger der Sozialdemokraten sind der Fall Strafella und das Volksbegehren. Strafella ist ein Fa-

schist, welcher zum Generaldirektor der Bundesbahnen eingesetzt werden sollte. Die Sozialdemokraten haben nachgewiesen, daß er sich mit Häuserschiebungen beschäftigte und riesige Steuersummen hinterzogen hat. Das Gericht hat das bestätigt, und trotzdem hat die Seipel-Regierung Strafella eingesetzt. Die Sozialdemokratie hofft nun die Wahl zu gewinnen, da die kleinbürgerliche Moral durch die Bestellung eines Schiebers auf einen der höchsten Staatsposten in ihren heiligsten Gütern verletzt ist. Die Bourgeoisie fürchtet sich aber nicht, die Faschisierung der Bahnen durch Strafella ist ihr wichtiger als der Gewinn von Stimmzetteln, da sie sich hygienisches Klosettpapier leisten kann. Als zweiten Wahlwitz hat die SP. ein Volksbegehren zur Aufrechterhaltung der Altersversicherung veranlaßt; um diesen blödsinnigen Schwundel ganz klar machen zu können, müssen wir die österreichische Verfassung zitieren. Artikel 1 lautet: „Oesterreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus.“ — Abgesehen davon, daß es mehr auf die Gewalt ankommt, die von der Bourgeoisie ausgeht, wollen wir uns einmal anschauen, wie weit auch nur das formale Recht vom Volk ausgeht. Artikel 41: „Jeder von 200 000 Stimmberechtigten gestellte Antrag (Volksbegehren) ist von der Bundesregierung dem Nationalrat zur Geschäftsordnungsmaßnahme Behandlung vorzulegen. Das Volksbegehren muß in Form eines Gesetzentwurfes gestellt werden.“ Und wer entscheidet

Frankfurt a. M.
Öffentliche Versammlung
am Sonnabend, den 1. November 1930, abends 9 Uhr, im Restaurant Peter Hill, Große Seestr. 5.
Arbeiter erscheint in Massen! — Freie Aussprache! KAP. AAU.

über den Antrag? Artikel 43: „Einer Volksabstimmung ist jeder Gesetzesentwurf des Nationalrates zu unterziehen, wenn der Nationalrat es beschließt oder die Mehrheit der Mitglieder des Nationalrates es verlangt.“ Es gibt also keine vom Parlament unabhängige Volksabstimmung. Nur wenn der Nationalrat ein Gesetz beschließt, kann er außerdem beschließen, es auch noch durch das Volk beschließen zu lassen! Diesen idiotischen Trick hat man in die Verfassung hineingegeben, um dem „Volk“ vorzutäuschen, das das „Recht“ tatsächlich von ihm ausgeht. Und mit einer solchen Mache von einer Volksabstimmung, die es gar nicht gibt, kommt die SP. daher, während die Bourgeoisie zielbewußt und unverwandt Stein um Stein den faschistischen Hungertüren aufbaut.

Nur wenn das Proletariat begreift, daß die Zeit der papiernen Illusionen vorbei ist und es gegenüber dem Gewaltapparat der Bourgeoisie seine eigene proletarische Gewalt anrichten muß, gibt es eine Rettung aus der faschistischen Barbarei, vom Joch des Kapitalismus überhaupt.

Schlichtungsmaschine und Lohnabbauoffensive

Mehrarbeitsabkommen verlängert!

Das Mehrarbeitsabkommen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom 20. Dezember 1928, das von den Angestelltengewerkschaften zum 30. September 1930 gekündigt worden war, ist durch Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Schiedsschlichters mit geringen Abänderungen ab 1. Oktober 1930 wieder in Kraft gesetzt worden. Die Kündigung ist zum Vierteljahresbeschluß möglich. So verstehen die „Sonderschlichter“ die Unternehmerinteressen zu meistern.

4 Prozent Lohnabbau im ober-schlesischen Bergbau.

Im Lohnstreitfache im ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzkohlenbau wurde am 2. Oktober zwischen den Tarifkontrahenten ergebnislos verhandelt. Die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Sonderschlichters Professor Dr. Braum füllte einen Schiedsspruch, der für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau die Beibehaltung der bestehenden Lohnsätze vorsieht. Für zwei Erzkohlenfelder, die angeblich unter besonderen Verhältnissen arbeiten sollen, ist eine Lohnkürzung um 4 Prozent eingetretet.

Schiedssprüche für Berlin.

Die Berliner Platzhändler hatten das Lohnabkommen für die Bretterträger gekündigt. Sie verlangten einen Lohnabbau von durchschnittlich 20 Prozent, während die Bretterträger die Forderung von 20 Prozent Lohnabbau stellten. Die Gewerkschaftsbürokratie hatte nichts anderes zu tun, als nach altbekannter Art den Schlichtungsausschuß anzurufen. Jetzt ist ein Schiedsspruch gefällt worden, wonach das Lohnabkommen mit den alten niedrigen Löhnen bis zum 31. Januar 1931 verlängert wird. Die Bürokraten haben dem Schiedsspruch ihre Zustimmung gegeben. Was kümmert ihnen der Wille der Mitglieder; die haben eben zu kuscheln.

Am Dienstag, den 30. September wurde für das Berliner Speditionsgewerbe ein Schiedsspruch gefällt, welcher das zum 1. Oktober gekündigte Lohnabkommen unverändert bis zum 31. Januar 1931 verlängert. Auch hier kehrten sich die Gewerkschaftsbürokraten einem Druck an die Forderung der Mitglieder, welche eine Lohnsenkung wollten. Da die Unternehmer einen zehnprozentigen Lohnabbau forderten, gaben die Bonzen dem alten verlängerten Schiedsspruch ihre Zustimmung.

Weiterner Lohnabbauvorsatz im ganzen Reich.

Nachdem die Berliner Metallindustriellen nun dabei sind, den Lohnabbau den Berliner Metallarbeitern aufzutrotzen, regt sich nun auch das Metallkapital im ganzen Reich, um eben-

falls den Lohnstandard der Arbeiter anzutasten. In Pommern, Brandenburg und in der Lausitz, sowie in Schlesien sind die Lohnsätze der Metallarbeiter gekündigt worden. Überall wird getreu dem Beispiel der Berliner Kollegen ein Lohnabbau von 15 Prozent gefordert. Vorläufig sind aber noch die Tarifverträge bis zum 14. Oktober verlängert worden, um schließlich abzuwarten, wie die Dinge sich in Berlin gestalten werden.

In Bielefeld kündigten die Unternehmer ebenfalls den Tarif und diktierten eine Lohnherabsetzung um 20 Prozent.

Im Wirtschaftsgebiet Mainz, Wiesbaden und im Rheingau-bezirk kündigten die Unternehmer ebenfalls den Tarifvertrag mit dem Zweck, Lohnherabsetzungen vorzunehmen. Für das Gebiet Hessen-Nassau, wozu die Städte Frankfurt, Offenbach, Darmstadt und Hanau gehören, wurde ebenfalls das Lohnabkommen von den Unternehmern gekündigt. Die Hannoverische Metallindustrie hat den Lohnsatz zum 31. Oktober gekündigt, und hier wie überall wird ein Abbau der Löhne gefordert und zwar um 20 Prozent.

Und schließlich kündigten auch die Unternehmer des Aachener Steinkohlenbergbaus den Lohnsatz, um eine Lohnsenkung zu erzielen.

So eröffnet konzentriert das Kapital den Angriff auf den Lohnstandard des Proletariats. Wo die Arbeiter hier und dort aufbegehren gegen die Offensive des Kapitals, verlieren sie sich in kleine Teilstreiks, die zum Scheitern verurteilt sind; denn die Verzagtheit müßte längst dem Proletariat zum Bewußtsein gebracht haben, daß dem stark konzentrierten, monopolisierten Kapitalismus nur beizukommen ist durch die solidarische Massenkraft des gesamten Proletariats. Die Gewerkschaften können kein Interesse mehr an Kämpfen haben, weil sie auf Gedeih und Verderb mit der kapitalistischen Wirtschaft verbunden sind. Sie liefern bei jeder Gelegenheit das Proletariat dem Schlichter aus, jetzt erst wieder bei den Berliner Metallarbeitern, mit dessen Beil die Arbeiter erdrückt werden. Die Entwicklung der Verhältnisse werden jedoch das Proletariat als Klasse zum Selbsthandeln zwingen. Die Voraussetzung dafür jedoch ist die Lösung von der an der Erhaltung des Kapitalismus interessierten Gewerkschaftsbürokratie.

Die organisatorische Form proletarischen Selbsthandels, das ist die Klassenorganisation des Proletariats, aufgebaut in den Betrieben, in der die Arbeiter selbst über ihre Geschicke bestimmen. Das Proletariat muß diesen Schritt gehen, will es überhaupt nur einen Schritt weiter kommen zur Durchbrechung der kapitalistischen Lohnsklaverei.

Die Fiml der Entlassungen nimmt kein Ende

Die Bergbauabteilung Gelsenkirchen der Vereinigten Stahlwerke A.-G. nimmt zum 1. November umfangreiche Kündigungen vor. Von der Kündigung werden insgesamt 2600 Beschäftigte erfaßt, die sich auf die Zechen „Nordstern“, „Graf Motke“, „Holland“, „Pinto“, „Stahlverein“, „Rhein-Elbe-Alma“ und „Bonifatius“ verteilen. Der Rückgang der Förderung wird, so erheblich sein, daß die zukünftige Förderung nach Durchführung der Kündigungen voraussichtlich dem Absatz angesetzt sein wird. Weitere Kündigungen dürften deshalb nicht mehr in Frage kommen; allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich der Absatz nicht verschlechtert.

Die Friedrich-Alfred-Krupp-Hütte in Rheinhausen hat eine große Anzahl ihrer Angestellten — annähernd 30 Prozent in den einzelnen Büros Kündigungsschreiben zugesandt, in denen das Anstellungsverhältnis zum 31. Oktober bzw. zum 31. Dezember gekündigt wird. Zur Zeit sind etwa 1150 Beamte auf dem Werk beschäftigt. Die Entlassungen dieser Angestellten werden damit begründet, daß die augenblickliche schlechte Wirtschaftslage und der Umstand, daß eine Besserung nicht zu erwarten sei, die Veranlassung ist.

Die Bautzener Eisenblech- und Maschinenfabrik, die vor kurzem ihre Zahlungen eingestellt hat, hat nach Genehmigung sämtlicher Arbeitern sowohl die Angestellten gekündigt.

Ebenso hat die NAG (Bla) eine Reinigungsaktion unter ihren Angestellten vor. Von den 330 Angestellten sollen nicht mehr als 150, und zwar die an Dienst- und Lebensjahresältesten Angestellten (darunter befinden sich solche mit einer Beschäftigungsdauer mit nicht weniger als 27 Jahren) gekündigt werden.

Das Kapital kennt eben kein Pardon.

Sichende Arbeitslosigkeit in England

Vor Wochen verkündete die sozialdemokratische Presse, daß es der englischen „Arbeiterregierung“ gelungen wäre, infolge Notstandsmaßnahmen das Steigen der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Und so etwas nannte man praktische „Arbeiterpolitik.“ Jetzt hat diese praktische Arbeiterpolitik ein Loch bekommen. Die Notstandsmaßnahmen der MacDonald-Regierung konnten nicht verhindern, daß die Arbeitslosigkeit erneut im Vergleich zur letzten Woche am 24. und 25. September im Vergleich zur letzten Woche um 6245 auf 2 169 658 erhöht. Daß auch die „Arbeiterregierung“ mit irgendwelchen Falltümpeln an diesen Dingen nichts ändern kann, das erklärte erst unlängst auf dem Parteitag der englischen Arbeiterpartei die Präsidentin Lawrence. Sie führte aus: „Leider hat die heutige Arbeiterregierung nicht den geringsten Einfluß auf die durch das kapitalistische System erzeugte Tragödie ... Diese weltweite Katastrophe der Massenarbeitslosigkeit ist der Sondertribut, den heute die Arbeiterklasse aller Nationen dem kapitalistischen System schuldet.“

So wird hier ganz offen der Bankrott des Reformismus gesteckt, und auch dem englischen Proletariat offenbart, daß die Überwindung dieser Katastrophe nur möglich ist durch den revolutionären Klassenkampf und die Überwindung des kapitalistischen Systems.

Organisatorische Mittellungen

Groß-Berlin

- Versammlungsberichte:
- 2. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Mal-plaquetstr. 24.
- 6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Kolbe, Gilschenerstraße 28.
- 14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchhofstr. 5.
- 15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschönefelder, Brückenstr. 3.
- 17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitz, Gürtelstr. 28.

Nowawes

Alle Freitage, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Walstr. 62, die Funktionärsversammlungen der Partei und Union statt.

Reich

Rheinland-Westfalen.
Einde Oktober oder Anfang November findet eine Bezirks-Konferenz statt. Wir ersuchen alle Ortsgruppen jetzt schon die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Ort, Lokal und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Bezirksausschuß Allgemeine Arbeiter-Union

Ortsgruppe München

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, finden Zusammenkünfte in der Augustinerkloster, Baaderstr. 66, statt. AAU.

Wo taue ich die „KAZ“ am nächsten?

- Zeitungskiosk am Isartor:
- Müllerstraße, Ecke Thalkirchnerstraße;
- Festlorenzstraße;
- und abends in folgenden Lokalen:
- Gasthaus „Gambrius“, Sendlinger Straße;
- Metzger, Tal;
- Soller, Tal;
- Schwane, Zweibrückenstraße;
- „Lothringer Bierhalle“, Lothringer Straße.

Pressefondnachtrag für Monat September.

15. Bezirk: Th. 4. — Mark.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Thies, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isenhardt, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle monatlich die obenstehend angegebene „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Der Besteller ist zu denken als Deutsche oder ausländisch an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13, zu senden.

Name: _____

Ort: _____

Post- und Telefon-Nr.: _____

Strasse: _____

11. Jahrg. Nr. 42

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 18. Oktober 1930

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7632.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,75 und monatlich 0,68 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Metallarbeiter! Keine Vogel-Strauß-Politik!

Wir könnten uns die Sache einfach machen. Wir könnten mühen, daß die Berliner Metallarbeiter eine große Schlacht schlagen, daß sie in der vordersten Reihe stehen, daß — wie Heinz Neumann meint — die Metallarbeiter nach der papiernen Antwort am 14. September nun die metallene! Antwort geben, daß die Bourgeoisie zu zittern beginnt. — Wir müssen aussprechen, daß all dies verantwortungsloses, konterrevolutionäres Geschwätz ist. Es geht hier um ganz andere Dinge, als darum, ein Strohhalm zu entzücken, um nach der Bescherung vom Katzenjammer gepackt zu werden, und über Verräter zu schreien, um den eigenen Bankrott zu verschleiern.

Ein kurzer Hinweis auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate genügt schon, um den Streik der Metallarbeiter als Glied der Kette dieser Entwicklung sichtbar zu machen.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben die Dämme weggerissen, um der mörderischen Offensive des Kapitals freie Bahn zu schaffen. Die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, ihre Steuerpolitik, ihr schließlicher Austritt aus der Regierung, um durch „Opposition“ die Politik der Großbourgeoisie zu decken, das alles diente einem Ziel: der völligen wirtschaftlichen und politischen Niederdrückung des Proletariats. Daran lassen sie ja selbst gar keinen Zweifel! Die „Notverordnungen“ sollen nun Gesetz werden. Der „Verfassungbruch“ wird heilig gesprochen. Das „Programm“ der Stahlhelmregierung ist ihnen so teuer, daß sie selbst vor dem Gedanken eines Mißtrauensvotums zittern. Man geht ja so weit, selbst einzugehen, daß sie eigentlich im alten Reichstag zu wenig „toleriert“ hätten. Sie wollen das nun noch nachholen.

Ihre „Wirtschaftstheorie“ zeigt ihre praktischen Konsequenzen. Der Quatsch, daß durch „Schaffung von Kaufkraft“ in Gestalt von höheren Löhnen die Wirtschaftskrise überwunden werden könnte, hat ja längst, selbst als dummer Witz, jeden Reiz verloren. Demnach brauchte die Brüning-Regierung ja nur beliebig viel Geld drücken zu lassen, um „Kaufkraft“ unter die Leute zu bringen. Trotz dieses dummen Witzes bankrotter Politiker hören die Schornsteine auf zu rauchen, wenn der Profit in Gefahr gerät. Der Profit jedoch gerät in Gefahr infolge der Disharmonie zwischen Weltmarkt und Weltproduktion. Das Überangebot an Waren brachte die Produktion zum Stocken. Banken krachten, Kartelle platzten, Preissturz setzten sich durch trotz Schutzpolitik und trotz Monopolverwaltung. Kein Mensch will mit Verlust verkaufen, doch die Aktien sinken. Die Panik setzt ein. Das Kapital flieht vor der Produktion zurück; die „Vertrauenskrise“ geistert im Lande umher.

Da begann der Streik, ob erst die Waren, oder erst die Löhne abzubauen seien. Der Druck der Verhältnisse zwingt letzten Endes doch mit „Verlust“ zu verkaufen. Die kapitalistische Regierung springt in die Bresche, wirft den Agrariern Millionen hin, bereitet die „Entlastung“ der Wirtschaft durch Steuerbefreiung, Befreiung von „Soziallasten“ vor. Es reicht alles noch nicht. Die Löhne müssen auch direkt abgebaut werden. Die Demokratie ist unerbittlich. Der Profit muß gerettet werden. In Oeynhausen wurde der Anfang gemacht. Doch die moralische Auswirkung eines gelungenen Angriffs von den Monopolen der großen demokratischen Profitmühle ist größer. Die Schlichtungsorganisation, dieses von allen Gewerkschaftsbözen über den grünen Klee gelobte Prachtstück demokratischer Errungenschaft ist der Hebel.

Die Frage erhebt sich nun: Was wohl werden wird, wenn der Lohnabbau durch „Verbindlichkeitsklärung“ Gesetz wird. Werden die Gewerkschaften einen „antizensitlichen“ Streik führen? Wer lacht da! — Die machen das ganz anders. Die werden verhandeln, und man ist sich heute schon darüber einig, daß die Unternehmer ein paar Prozent ablassen werden. Der „Erfolg“ ist dann da. Die übriggebliebenen Prozente kommen auf

Aus dem weiteren Inhalt heben wir hervor:

- Die Wirtschaftskrise in England und ihre politischen Konsequenzen
- Die Diskontinuität
- Das Mittel der bedruckten Antwort der Massen
- „Kampf“ und „Marsch“ der SPD
- Die „Solidarität der Not“
- Friedensplan

Konto der „ungünstigen Kampfsituation“ infolge der Wirtschaftskrise. Durch Aushungerung der Metallarbeiter wird eine gefügige Minderheit gezüchtet, die die Zahl der Streikbereiten unter einer Dreiviertelmehrheit herabdrückt. Dann ist die gesetzliche Handhabe zum Weiterstreiken nicht mehr da. — Schade!

Dann ist der Bann gebrochen. Die Metallarbeiter sind zermüdet, die moralische Wirkung auf das übrige Proletariat macht sich bemerkbar. Der Staatsapparat stößt nach der Segen der Wirtschaftsdemokratie in Gestalt der Handhabung der Schlichtungsordnung ergreift sich über alle Kategorien der Arbeiterklasse. Muß das so sein? Das wird so lange so sein, als sich die Metallarbeiter an den Phrasen lächerlicher Fatken herauslassen. So lange sie sich von Leuten an der Nase herumführen lassen, die eingeständenermaßen die Geschäfte des Kapitalismus besorgen, die bei der mörderischen Offensive des Kapitalismus darauf sinnen, wie sie die Regierung des Kapitals vor dem Sturz bewahren. Das wird so lange so sein, als die Arbeiter nicht begreifen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu einem Arm der kapitalistischen Staatsmaschine gegen das Proletariat geworden sind.

Und so lange die Arbeiter das nicht begreifen, kann auch die KPD, vom „Kampf“, und nach der Niederlage von „Vertrau“ brüllen; denn so lange die Arbeiter diese Zusammenhänge nicht sehen, sehen sie auch nicht, daß im Zeitalter der ausweglosen Krise des Kapitalismus ein Teilstreik einer beliebigen Branche zum Scheitern verurteilt ist, weil ein solcher Kampf immer darauf hinausläuft, wer von beiden Parteien am längsten hungern kann; die Kapitalisten oder die Arbeiter. Da nützen keine blechern Phrasen. Der Rohleugere Streik in Berlin — um nur auf ein charakteristisches Beispiel der letzten Zeit hinzuweisen — besagt zur Genüge, daß die Wirkung der Arbeitsverweigerung einer Berufsgruppe gegen die organisierte Macht des Kapitalismus nicht aufkommt.

Eine erfolgreiche Gegenwehr ist nur möglich durch die solidarische Aktion des Proletariats als Klasse! Es handelt sich nicht um Metallarbeiter, oder Schuster, oder Textilproleten. Es handelt sich um den Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Kapital, zwischen Kapitalismus und Sozialismus!

Es handelt sich darum, auch die organisatorischen Voraussetzungen für diesen Kampf zu schaffen. Die „Rote Gewerkschaftsopposition“, das ist nicht Hund und nicht Sau, das ist nicht gehauen und nicht geschnitten, das ist überhaupt nichts, das ist eine lächerliche Phrase! Die KPD, will nicht die Revolution, denn sie scheut die konsequente Trennung von der Konterrevolution wie der Teufel das Weihwasser. Sie will nicht die Erkenntnis des revolutionären Proletariats, daß neue Formen der revolutionären Aktion auf anderen organisatorischen und ideologischen Fundamenten ruhen müssen. Sie will den billigen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Radikalismus. Sie will die Legalität ihres Parteiapparates.

An den Arbeitern selbst wird es liegen, ob sie auch den Streik der Berliner Metallarbeiter benutzen wollen, um diese Voraussetzungen zu schaffen für eine wirksame Gegenwehr der proletarischen Klasse. Sie selbst müssen das Proletariat mobilisieren; die ungeheure Gefahr, die Zusammenhänge aufzuzeigen, mit selbstgewählten Kampforganen nicht einen ruhigen Streik führen mit dem Pappschild um den Hals, sondern offen kämpfen gegen die

Die Demokratie marschiert!

Die Weltwirtschaftskrise hat mit ihren Auswirkungen in der gesamten kapitalistischen Welt zu einer Gefährdung der bürgerlichen Demokratie geführt. Die sozialdemokratisch und zwerkschaftlich orientierte Arbeiterschaft hatte in der Vorkriegs- und in der Nachkriegszeit für die Eroberung und für die Aufrechterhaltung der Demokratie gekämpft. Auf diesem Boden der Demokratie hatten sich die großen Arbeiterorganisationen entwickelt. Durch außerparlamentarische Mittel hatte sich die Arbeiterschaft oft genug die formale Gleichberechtigung mit der Bourgeoisie, die freie Entwicklung ihrer Organisation durchsetzen müssen. Die Bourgeoisie wurde durch diese Kämpfe zu erheblichen Zugeständnissen gezwungen. Es gelang ihr aber immer noch im Anfang durch ihre außerparlamentarischen Machtmittel, sich die parlamentarische Herrschaft zu sichern. Mit der steigenden Konzentration des Kapitals erfolgte eine immer größere Proletarisierung der gesamten Bevölkerung, von der die Arbeiterorganisationen im starken Umfang profitierten. Insbesondere war die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage, gegen die Arbeiterschaft zu regieren. Sie wechselte dann ihre Einstellung unter dem Druck der Verhältnisse und unter dem Aufmarsch der Arbeiteralotie. Es gelang ihr, zu einer Arbeitgemeinschaft mit dem reformistischen eingestellten Teil der Arbeiterschaft zu kommen. Diese Arbeitgemeinschaft wurde eine besondere Notwendigkeit, als das Kapital durch den monopolistischen Charakter, welchen seine Wirtschaft angenommen hatte, zur Durchführung der sogenannten Rationalisierung gezwungen war. Mit der dadurch hervorgerufenen Erweiterung der Produktionskapazität erweiterte sich auch die Widersprüche der Reproduktion. Es entstand eine immer wachsende strukturelle Arbeitslosigkeit.

Das Kapital versuchte durch künstliche Arbeitslosigkeit, den Zusammenbruch herauszuögern, bis er sich jetzt mit voller Wucht entloh. Die Arbeitslosigkeit, die Verzweiflung der Massen der Bevölkerung, richtete sich gegen das kapitalistische System. „Fand aus ihren Ausdruck in der Zusammensetzung des Parlaments. Es wurde dadurch zu einem zweifelhafte Herrschaftsinstrument für die Bourgeoisie. War der aufsteigende Kapitalismus noch in der Lage, mit Hilfe der formalen Demokratie die Unterdrückung der Arbeiterschaft durchzuführen und die Arbeiterschaft zu beherrschen, so hörte dies beim Einsetzen der Krise auf. Die herrschende Klasse brauchte nicht mehr die Demokratie und das Parlament. Sie hatte in der Zwischenzeit gewaltige außerparlamentarische Organisationen zur Niederhaltung und Zersetzung der Arbeiterschaft geschaffen, mit der Hilfe, die bereits das Schwergewicht ihrer Herrschaft neu fundiert hatte. Sie brauchte nicht mehr die parlamentarische Kollise zur Verdeckung der Tatsache, daß das Parlament nur ein Interessentenband war. Die Herrschaft der Wirtschaft über das Parlament war so offensichtlich, daß eine völlige Entwertung des parlamentarischen Systems bei allen Bevölkerungsschichten eintrat. Lediglich die bisherigen Nutznießer des Parlamentarismus, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, traten für die Erhaltung des Parlaments ein. Sie hatten sich damit in ihrer gesamten Struktur auf das Parlament und auf den bürgerlichen Staat gelegt, daß sie vollkommen verlor hatten, außerparlamentarisch zu kämpfen. Aus diesem Grunde wurde der außerparlamentarische Kampf, von welcher Seite er auch geführt wurde, eine außerordentliche Gefahr für ihre Position. Ihr Nuparimentarismus hatte gegen die revolutionäre Arbeiterschaft als die stärkste Gefahr gegen die staatlichen Machtmittel wunden und wunden müßen, wurden sie zum Schlammwader, der auf Seiten der Bourgeoisie bzw. von der Bourgeoisie stehenden faschistischen Organisationen.

Diese Entwicklung war nicht nur in Deutschland, sondern

konterrevolutionären Gewerkschaften und ihre Zuhörer, für die Aktion der Klasse.

Nur so kann die Front endlich angehört werden, und nur so können die Fundamente der Klassenorganisation, die Betriebsorganisationen entstehen. Nur so kann das Proletariat den toten Punkt überwinden. Nur so wird auch eine Niederlage eine Etappe zum endlichen Siege sein.

